

Fragen

für die Fragestunde der 145. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 24. Januar 2001

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Bonitz, Sylvia (CDU/CSU)	16	Koppelin, Jürgen (F.D.P.)	24, 25
Dehnel, Wolfgang (CDU/CSU)	28, 29	Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	17, 18
Girisch, Georg (CDU/CSU)	2	Michelbach, Hans (CDU/CSU)	21, 22
Hauser, Norbert (Bonn) (CDU/CSU)	19	Nolting, Günther Friedrich (F.D.P.)	26, 27
Heiderich, Helmut (CDU/CSU)	10, 11	Parr, Detlef (F.D.P.)	33
Hinsken, Ernst (CDU/CSU)	1, 20	Dr. Seifert, Ilja (PDS)	31, 32
Hofbauer, Klaus (CDU/CSU)	4, 5	Siemann, Werner (CDU/CSU)	23, 30
Hohmann, Martin (CDU/CSU)	14, 15	Weiß, Peter (Emmendingen) (CDU/CSU) ...	12, 13
Dr. Kolb, Heinrich L. (F.D.P.)	8, 9	Zierer, Benno (CDU/CSU)	3
Kopp, Gudrun (F.D.P.)	6, 7		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	5
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	9

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

1. Abgeordneter
**Ernst
Hinsken**
(CDU/CSU) Wann sind die in diesem Jahr fälligen Castor-Transporte geplant, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um einen reibungslosen Transport sicherzustellen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

2. Abgeordneter
**Georg
Girisch**
(CDU/CSU) Welche Folgekosten kommen auf den Bundeshaushalt durch die bisherige Ablösung von nunmehr sieben Ministern, vier parlamentarischen Staatssekretären und fünf beamteten Staatssekretären seit der Regierungsübernahme durch den Bundeskanzler Gerhard Schröder in Zukunft, aufgeschlüsselt nach Haushaltsjahren, voraussichtlich zu?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

3. Abgeordneter
**Benno
Zierer**
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass das vom Lenkungsausschuss für Bioethik des Europarates herausgegebene „Weißbuch über den Schutz der Menschenrechte und -würde von Personen, die an einer Geistesstörung leiden, insbesondere jener, welche als unfreiwillige Patienten in einer psychiatrischen Einrichtung untergebracht sind“ Vorschläge enthält, die der Menschenwürde und den Menschenrechten entgegengesetzt sind, und wie gedenkt die Bundesregierung ggf. auf die Vorschläge im Einzelnen zu reagieren?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und
Technologie**

4. Abgeordneter
**Klaus
Hofbauer**
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung die Studie, die von der Universität Hamburg in Zusammenarbeit mit dem Unternehmens- und Arbeitgeberverband AGA erstellt wurde, bekannt, in der aufgezeigt wird, dass kleine

und mittelständische Unternehmen bei der Vergabe von Krediten durch Banken und Sparkassen benachteiligt werden?

5. Abgeordneter
Klaus Hofbauer
(CDU/CSU)
- Wenn ja, welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um im Bereich der Kreditpolitik günstige Voraussetzungen zu schaffen, damit gerade die kleinen und mittleren Unternehmen, die ja die Masse der Ausbildungsplätze in der Bundesrepublik Deutschland stellen, die Finanzmittel von Banken und Sparkassen erhalten, die für erfolgreiche Geschäftsabläufe notwendig sind?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft

6. Abgeordnete
Gudrun Kopp
(F.D.P.)
- Welche haftungsrechtlichen Konsequenzen und Staatshaftungsansprüche ergeben sich für die Bundesregierung aus der BSE-Krise u. a. wegen eigener Versäumnisse und eines mangelhaften Krisenmanagements?
7. Abgeordnete
Gudrun Kopp
(F.D.P.)
- Welche konkreten Veränderungen beabsichtigt die Bundesregierung, um dem Verbraucherschutz in dem neuen Ministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft einen höheren Stellenwert einzuräumen, und wann will die Bundesregierung das Parlament im Detail darüber informieren?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

8. Abgeordneter
Dr. Heinrich L. Kolb
(F.D.P.)
- Ist der Bundesregierung bekannt, dass in einigen Arbeitsämtern, z. B. im Arbeitsamt München, die Rechtsauffassung herrscht, dass ein schwerbehinderter Arbeitssuchender, der so eingeschränkt ist, dass er einen Assistenzbedarf am Arbeitsplatz hat, nicht dem Arbeitsmarkt zu den üblichen Bedingungen zur Verfügung steht und somit nicht anspruchsberechtig ist?

tigt für eine Betreuung durch das Arbeitsamt bzw. durch den Integrationsfachdienst ist, und wenn ja, teilt die Bundesregierung diese Auffassung?

9. Abgeordneter
Dr. Heinrich L. Kolb
(F.D.P.)
- Was gedenkt die Bundesregierung gegen eine solche Interpretation der Zuständigkeit von Integrationsfachdiensten gemäß § 37a des Schwerbehindertengesetzes, geändert durch das Gesetz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter, zu tun?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

10. Abgeordneter
Helmut Heiderich
(CDU/CSU)
- Wann wird die Bundesregierung die bereits 1998 fest eingeplanten und 1999 vom damaligen Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Siegfried Scheffler, fest zugesagten Investitionszuschüsse von ca. 35 Mio. DM für die Modernisierung des Rangierbahnhofs Bebra als einer von ca. 12 bis 14 überregionalen Zugbildungsanlagen freigeben, und wann können dann die ersten Baumaßnahmen zur Zukunftssicherung von etwa 560 Arbeitsplätzen am Cargo-Bahnhof Bebra ausgeschrieben und an möglichst heimische Betriebe vergeben werden?
11. Abgeordneter
Helmut Heiderich
(CDU/CSU)
- Hat die jetzige Bundesregierung in ihrer Amtszeit Vereinbarungen mit der Deutschen Bahn AG getroffen bzw. entsprechende Gespräche geführt, die zu einer Verringerung der Anzahl oder Bedeutung der bisher vorgesehenen 12 bis 14 überregionalen Zugbildungsanlagen führen werden, und welche Rolle wird bei der Investitionsentscheidung für die zukünftigen Standorte der heutige Stand der Technik und die heutige Wirtschaftlichkeit des jeweiligen Rangierbahnhofs spielen?
12. Abgeordneter
Peter Weiß
(**Emmendingen**)
(CDU/CSU)
- Welchen Stand haben mittlerweile die Planungen und die ersten Schritte zur Realisierung einer Verknüpfung der deutschen und französischen Hochgeschwindigkeitsnetze der Bahn sowohl über Saarbrücken (Nordast) als auch über Straßburg (Südast) erreicht?

13. Abgeordneter
Peter Weiß
(**Emmendingen**)
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorschlag des Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg, Erwin Teufel, und des Präsidenten des Conseil Régional d'Alsace, Adrien Zeller, (vgl. Schreiben an den Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen vom 4. Dezember 2000) für einen Stufenplan, um bereits in einer ersten Ausbaustufe bis zum Jahre 2006 den französischen Hochgeschwindigkeitszug TGV-Est bei Straßburg-Kehl mit dem deutschen Hochgeschwindigkeitsnetz zu verknüpfen?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

14. Abgeordneter
Martin Hohmann
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, dass der Bundesminister des Auswärtigen, Joseph Fischer, bei einer Tagung des NATO-Ministerrates vor einem Jahr in Brüssel von 15.00 bis 20.00 Uhr privat unterwegs war, obwohl er den Ehrenvorsitz hatte (vgl. Bild vom 16. Januar 2001)?
15. Abgeordneter
Martin Hohmann
(CDU/CSU)
- In welcher Zeit war R. K. persönlicher Mitarbeiter des heutigen Bundesministers des Auswärtigen, Joseph Fischer, und hat dieser von tätlichen Angriffen dieses Mitarbeiters (vgl. DIE WELT vom 18. Januar 2001) gewusst?
16. Abgeordnete
Sylvia Bonitz
(CDU/CSU)
- Ist es zutreffend, wie in der „WELT am SONNTAG“ vom 14. Januar 2001 zu lesen war, dass der Bundesminister des Auswärtigen, Joseph Fischer, am 4. März 1998 im Gespräch mit der Journalistin B. R. Folgendes gesagt hat: „Ich war nie gewaltfrei. Ich bin es heute noch nicht in meinen Überzeugungen. Ich war nie gewaltfrei und in dieser Zeit schon gar nicht.“?
17. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU)
- Welche Beiträge beabsichtigt die Bundesregierung zum diesjährigen Europäischen Jahr der Sprachen für die Stärkung der deutschen Sprache insbesondere in den mittel- und osteuropäischen Staaten zu leisten, und welche Anstrengungen unternimmt die Bundesregierung, um innerhalb der Europäischen Union die Regional- und Minderheitensprachen zu stärken?

18. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU)
- Welche Bestimmungen enthält nach Erkenntnissen der Bundesregierung das am 11. Januar 2001 vom polnischen Parlament verabschiedete Gesetz zur Reprivatisierung des zwischen 1944 und 1962 enteigneten Vermögens hinsichtlich der polnischen Staatsangehörigen deutscher Nationalität, und was unternimmt die Bundesregierung, um gegenüber der polnischen Seite auf eine Berücksichtigung der von den Enteignungsmaßnahmen betroffenen deutschen Vertriebenen zu drängen, sofern diese durch das Gesetz über keinen Restitutions- oder Entschädigungsanspruch verfügen sollen?
19. Abgeordneter
Norbert Hauser
(Bonn)
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, dass das Auswärtige Amt das von einem Diplomaten auf Teneriffa geleitete Konsulat schließen und die konsularischen Aufgaben einem Honorarkonsul übertragen will, und wenn ja, welche Gründe führt das Auswärtige Amt für diese Schließung an?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

20. Abgeordneter
Ernst Hinsken
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, nach der Sachverständigenanhörung im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages vom 15. Januar 2001 zu den Abschreibungen die AfA-Tabelle (AfA – Absetzung für Abnutzungen) – wie auch von der Wirtschaft nachhaltig gefordert – zu korrigieren, und wenn ja, bis zu welchem Zeitpunkt beabsichtigt sie dies gegebenenfalls zu tun, um den Firmen Planungsmöglichkeit zu geben?
21. Abgeordneter
Hans Michelbach
(CDU/CSU)
- Wie hoch werden sich voraussichtlich die Kosten belaufen, die sich aus der Umstellung der DM auf den Euro insgesamt ergeben?
22. Abgeordneter
Hans Michelbach
(CDU/CSU)
- Wie sollen die Erträge verwendet werden, die sich voraussichtlich aus der Zusammenlegung der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Deutschen Ausgleichsbank ergeben?

23. Abgeordneter
Werner Siemann
(CDU/CSU)
- In welcher Höhe sind finanzielle Vorbelastungen, zum Beispiel auch so genannte Überkipper, aus dem Haushaltsjahr 2000 in das laufende Haushaltsjahr übertragen worden, und wie setzen sich diese Vorbelastungen zusammen?*)

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

24. Abgeordneter
Jürgen Koppelin
(F.D.P.)
- Welche Maßnahmen zur Informationsgewinnung hat die Bundesregierung unternommen, nachdem am 24. März und 15. April 1999 erste Meldungen über den Einsatz von DU-Munition (Uran-Munition) im Kosovo erschienen?
25. Abgeordneter
Jürgen Koppelin
(F.D.P.)
- Wann wurden die im Kosovo eingesetzten Bundeswehrsoldaten über die Inhalte der Warnung der NATO vom 30. Juni 1999 belehrt, und wurde die Warnung ebenfalls an die auf dem Balkan operierenden Nichtregierungsorganisationen weitergegeben?
26. Abgeordneter
Günther Friedrich Nolting
(F.D.P.)
- Wie ist die Aussage des Bundesministers der Verteidigung, Rudolf Scharping, vom 14. Januar 2001 zu verstehen, dass nicht wegen der gesundheitlichen Risiken, sondern wegen der politischen Legitimität der NATO eine genaue Untersuchung zu den Folgen des Einsatzes von DU-Munition (Depleted Uranium Ammunition = abgereicherte Uranmunition) im Kosovo zu erfolgen habe?
27. Abgeordneter
Günther Friedrich Nolting
(F.D.P.)
- Warum informierte der Bundesminister der Verteidigung, Rudolf Scharping, erst am 30. September 1999 die Mitglieder des Verteidigungsausschusses über eine bereits am 30. Juni 1999 eingegangene Warnung der NATO bezüglich des Einsatzes von DU-Munition im Kosovo?
28. Abgeordneter
Wolfgang Dehnel
(CDU/CSU)
- Mit wie vielen Unternehmen kooperiert die Bundeswehr insgesamt, und wie viele davon befinden sich in den neuen Bundesländern?

*) siehe hierzu auch Frage 30

29. Abgeordneter
Wolfgang Dehnel
(CDU/CSU) Welche Bestrebungen gibt es, den Anteil der Kooperationsunternehmen aus den neuen Bundesländern zu erhöhen?
30. Abgeordneter
Werner Siemann
(CDU/CSU) In welcher Höhe sind finanzielle Vorbelastungen, vor allem im Bereich der Materialerhaltung und des Betriebs, bei den Teilstreitkräften aus dem Haushaltsjahr 2000 in das laufende Haushaltsjahr übertragen worden?*)

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

31. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(PDS) Wann und mit welchen inhaltlichen Schwerpunkten soll nach Vorstellung der Bundesregierung die Novellierung des Krankenpflegegesetzes erfolgen?
32. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(PDS) Welche konkreten zeitlichen Etappen sieht die Bundesregierung für den gesetzgeberischen Prozess vor, und wie sollen die entsprechenden Verbände (insbesondere Vertreter und Vertreterinnen des Deutschen Pflegerates und der Wohlfahrtsverbände) in diesen Prozess zur Novellierung des Krankenpflegegesetzes einbezogen werden?
33. Abgeordneter
Detlef Parr
(F.D.P.) Wie beurteilt die Bundesregierung die gegenwärtige Rechtslage zur Durchführung der Präimplantationsdiagnostik in Deutschland?

*) siehe hierzu auch Frage 23

